



Doerre_K_2019

Kapitalistische Landnahme Marx, das Expansionsparadoxon und der Charme einer neuen Rebellion

Klaus Dörre

„Kapitalistische Landnahme. Marx, das Expansionsparadoxon und der Charme einer neuen Rebellion“, in: *Fromm Forum* (Deutsche Ausgabe – ISSN 1437-0956), 23 / 2019, Tübingen (Selbstverlag), pp. 248-272.

Copyright © 2019 by Prof. Dr. Klaus Dörre, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Institut für Soziologie, Carl-Zeiß-Str. 3, 07743 Jena; E-Mail: klaus.doerre[at-symbol]uni-jena.de

Erinnern wir uns: Vor nunmehr einem Jahrzehnt 2007-09 erschütterte ein Crash im Finanzsystem die Weltökonomie. Von ihrem Epizentrum in den USA aus erfasste die Krise alle Erdteile und Weltregionen. Den Krisenverlauf hat der Sozialgeograph David Harvey im Bild einer Kaskade beschrieben. Die Erschütterungen wanderten »from one sphere to another and from one geographical location to another, with all manner of knock-on and feedback effects that seemed almost impossible to bring under control, let alone halt and turn back« (Harvey 2010, S. 39; dt. S. 44). Damit ist bereits gesagt, dass es sich nicht um eine gewöhnliche Krise handelt. Um die Zäsur zu verstehen, müssen wir uns allerdings von der Fixierung auf den Finanzsektor und die Ökonomie lösen und die Vorgeschichte des globalen Crashes ebenso einbeziehen wie seine gewaltigen Nachbeben.

Für ein solches Unterfangen ist, so meine ich, Marx' Kritik der Politischen Ökonomie nach wie vor unverzichtbar. Allerdings, so möchte ich hinzufügen, endet die Entwicklung Marx'scher Theorie nicht mit Marx. Weil sich der Kapitalismus entwickelt, sehen sich Kapitalismustheorie und -kritik immer wieder mit neuen Phänomenen konfrontiert, die es zu interpretieren gilt. Deshalb gibt es nicht *den einen* Marxismus, sondern eine gewisse Pluralität an Konzeptionen, die sich in unterschiedlicher Weise auf die Marx'sche Theorie beziehen. Diese Pluralität ist

im un abgeschlossenen Marx'schen Werk selbst angelegt. Es gibt keinen homogenen, in sich stimmigen Marx. Anregend sind aus der heutigen Perspektive gerade die Brüche und Ungeheimtheiten im Marx'schen Denken. Dies zu ignorieren hieße, einen »faulen Marxismus« (Hall 2012) zu fördern. Um dergleichen zu vermeiden, beziehe ich mich auf einen *Sociological Marxism*, der in vielerlei Hinsicht einem solch offenen Theorieverständnis entspricht. Seine Protagonisten verstehen sich als »marxian«, nicht als »marxist«. Sie plädieren für eine – niemals abgeschlossene – Reinterpretation klassischer Texte unter Berücksichtigung des zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Wissens. Zum »pragmatischen Realismus« (vgl. Wright 2009; Williams & Satgar 2013, S. III) so verstandener Theoriebildung gehört es, Begriffe wiederzuentdecken und mit neuem Inhalt zu füllen, die seitens der marxistischen Orthodoxie längst ad acta gelegt waren. Landnahme ist eine solche Kategorie. Marx selbst hat diese Kategorie, die immerhin Eingang in das *Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus* gefunden hat (Dörre 2012), nie benutzt. Dennoch handelt es sich um eine Bezeichnung, die hervorragend geeignet ist, die Kritik am zeitgenössischen Kapitalismus begrifflich zu bündeln. Mit Hilfe des Landnahme-Theorems möchte ich zwei Thesen formulieren und begründen.

Kapitalistische Gesellschaften, so meine erste



These, beruhen auf einem *Expansionsparadoxon*. Sie können sich nicht reproduzieren, ohne fortwährend ein nichtkapitalistisches Anderes zu okkupieren, in Besitz zu nehmen und allmählich zu ruinieren. Deshalb lässt sich die Dynamik moderner kapitalistischer Gesellschaften als – krisenhafte – Abfolge von Landnahmen verstehen. Land meint in diesem Zusammenhang aber nicht unbedingt Grund und Boden. Gemeint sind Produktionsweisen, Lebensformen und Wissensbestände, die noch nicht oder zumindest nicht vollständig dem kapitalistischen Warentausch unterworfen sind.

Diese expansive Dynamik hat, das ist die zweite These, in der Gegenwart eine Eskalationsstufe erreicht, die vor allem die Gesellschaften der frühindustrialisierten Länder unter *Transformationsdruck* setzt. Eine (finanz)marktgetriebene globale Landnahme erzeugt Folgen, die auf die verursachenden Zentren zurückwirken und dort soziale Verwerfungen, Krisen und Konflikte auslösen. Historisch neu an diesem Umbruch ist, dass das bis dato wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen, die Generierung von Wirtschaftswachstum, unter den Bedingungen einer fossilistisch basierten Produktionsweise zwangsläufig zur ökologischen Destruktivkraft wird.

Nachfolgend möchte ich beide Thesen begründen. Ich beginne mit einer kurzen Geschichte des Landnahmebegriffs (1), skizziere den sozialtheoretischen Gehalt der Kategorie (2), wende die Landnahme-Idee auf Globalisierung und Finanzialisierung an (3) und schließe mit einer Überlegung, ob und wie dem zerstörerischen Expansionismus begegnet werden kann (4).

1. Landnahme – eine kurze Ideengeschichte

Landnahme ist als Kategorie für Theorien zentral, die den industriellen Kapitalismus als expansives System analysieren und kritisieren. Ungeachtet ihrer sonstigen Heterogenität teilen entsprechende Konzepte die Annahme, wonach kapitalistische Gesellschaften sich nicht ausschließlich aus sich selbst heraus reproduzieren. Kapitalistische Entwicklung vollzieht sich als komplexe Innen-Außen-Bewegung. Stets be-

inhaltet sie die Internalisierung von Externem, die Okkupation eines nicht oder nicht vollständig kommodifizierten Außen. Sofern es jedoch kein funktional Anderes zu entdecken gibt, das in Besitz genommen, in Wert gesetzt, kommodifiziert und profitabel genutzt werden kann, geraten Gesellschaften mit eingebautem Expansionsdrang an die Grenzen ihrer Entwicklungsfähigkeit. Sie stagnieren und zerfallen. Kapitalistische Vergesellschaftung beruht somit auf einem *Expansionsparadoxon*. Der Kapitalismus muss expandieren, um zu existieren. Dabei zerstört er allmählich, was er für seine Reproduktion benötigt. Je erfolgreicher die Akkumulations-, Wachstums- und Kommodifizierungsmaschine arbeitet, desto wirkungsvoller untergräbt sie die Selbstreproduktionsfähigkeit sozialer und natürlicher Ressourcen, ohne die moderne kapitalistische Gesellschaften nicht überlebensfähig sind. Die semantische Wucht des Landnahmebegriff erklärt sich allerdings aus einer Vorgeschichte, die lange vor Marx beginnt und bis zum Alten Testament zurückreicht. In knapper Form lassen sich drei Verwendungsweisen skizzieren, von denen sich eine an Marx anschließende gesellschaftstheoretische Verwendung aus unterschiedlichen Gründen abzugrenzen hat.

Als *biblisches Motiv* thematisiert die Landnahmemetapher den Auszug der Stämme Israels aus Ägypten, die Selbstbefreiung aus der Sklaverei und die Landnahme Kanaans. Bei dieser wohl »grandioseste[n] und folgenreichste[n] Geschichte, die die Menschheit jemals erzählt hat« (Assmann 2015, S. 19), ist es völlig ausgeschlossen, Mythos und Realität zu trennen. Folgt man der Erzählung, so beginnt die Landnahme mit Rebellion, mit Auflehnung gegen die ägyptische Fremdherrschaft und einem Befreiungsakt, dem Abschütteln des Jochs der Sklaverei. Es folgt der Auszug aus Ägypten, verbunden mit Offenbarung, Begründung einer Rechts- und Kulturtradition sowie internen Konflikten unter den Migranten. Den Endpunkt der Bewegung bildet die eigentliche Landnahme, die Begründung eines Staates auf der Grundlage eines neu geschaffenen Rechts und der religiösen Überzeugung. Dieses Muster – Rebellion und Befrei-



ung gefolgt von Flucht und Migration mit anschließender Landnahme und Staatsbildung – konstituiert einen Befreiungsmythos, den Michael Walzer als Matrix aller Revolutionen bezeichnet hat (Walzer 1985). Es ist die Hoffnung auf ein besseres Leben, die – wie auch bei den Fluchtbewegungen der Gegenwart – zu Migration motiviert. Am Beginn jeder neuen Landnahme steht der Wunsch unterdrückter Bevölkerungen, das Joch entehrender, unfreier Arbeit abzuschütteln.

Realgeschichtlich hat sich dieser Befreiungsmythos häufig in sein Gegenteil verkehrt. Darauf verweist die *geschichtswissenschaftliche Verwendung* des Landnahmebegriffs. Tatsächlich ist »alle archäologisch oder historisch dokumentierte Geschichte« von »Prozessen kolonisierender Landnahme« geprägt (Osterhammel 2009, S. 466). Im geschichtswissenschaftlichen Verständnis handelt es sich bei Landnahmen um Regimes der Grenzverschiebung. Sie verlagern die Frontier, die Grenze der Ressourcenerschließung, in raum-zeitlicher Dimension. Legionäre, Kaufleute, Siedler und Missionare sind die Pioniere kolonisierender Raumbesiedlungen. Indem sie fremde und selten völlig menschenleere Territorien okkupieren, schaffen sie die Voraussetzungen für die allmählich erfolgende Herausbildung von Staaten und Imperien. Frontiers markieren umkämpfte Grenzgebiete an den Außengrenzen von Staatenbünden und Imperien. Sie umfassen besondere Konstellationen von »hoher sozialer Labilität« (ebd. S. 467 f.), in denen sich die Gewinner und Verlierer kolonisierender Landnahmen leicht unterscheiden lassen: »Mochten auch einige nichteuropäische Völker, etwa die Maori in Neuseeland, der Invasion erfolgreicherer Widerstand entgegensetzen als andere: Die globale Offensive gegen tribale Lebensformen führte fast überall zur Niederlage von Urbevölkerungen.« (Ebd., S. 471 f.)

Als Legitimationsformel für imperiale Expansion verschiebt sich der Bedeutungsgehalt des Landnahmebegriffs entscheidend. Er wird zum Bestandteil von Ideologien, die imperiale Okkupation als zivilisatorischen Fortschritt deuten die Dominanz »entwickelter« über vermeintlich

»weniger entwickelte« Zivilisationen legitimieren (McCarthy 2015, S. 276-316). Solche Verwendungen finden sich in zahlreichen Schattierungen bei den ideologischen Wegbereitern von Kolonialismus, Imperialismus und historischem Faschismus. Ein besonders markantes Beispiel liefert die *Raumtheorie* des nationalkonservativen Staatsrechtlers Carl Schmitt, der zeitweilig als »Kronjurist« des Nationalsozialismus agierte. Für Schmitt ist die Landnahme »nach Außen (gegenüber anderen Völkern) und nach Innen (für die Boden- und Eigentumsordnung innerhalb eines Landes) der Ur-Typus eines konstituierenden Rechtsvorganges« (Schmitt 1950; Dünne & Günzel 2006, S. 414). Dieses Verständnis von Landnahme als einem rechtsbegründenden Ur-Akt soll auch und gerade dann gelten, wenn das okkupierte Land früheren Eigentümern und Bevölkerungen gewaltsam genommen wird. Schmitt erläutert diese Auffassung am Beispiel der Inbesitznahme der Neuen Welt durch europäische Mächte (Schmitt 1974, S. 171 f.). Nach seiner Auffassung beinhaltet die Aneignung fremden Landes im Akt einer ursprünglichen Landnahme kein normatives Problem. Jede Landnahme sei ein Recht schaffender, amoralischer Vorgang. Die landnehmende Macht könne das Land der Ur-wohnern so behandeln, als sei es herrenlos. Im Begriff des Nomos, der Landnahme als ursprünglichem Rechtsakt und der Auffassung vom Recht als »Einheit von Ordnung und Ortu« (ebd., S. 13), wird so ein dauerhaftes Herrschaftsverhältnis konstituiert. Es geht nicht mehr um rechtliche Gleichbehandlung von Indigenen und Neusiedlern, wie es der alttestamentarische Mythos verlangt, sondern um eine dauerhafte Unterwerfung der »Unzivilisierten«. Verantwortung besitzt die landnehmende Macht in erster Linie gegenüber der Natur, erst in zweiter Linie gegenüber den Ureinwohnern, deren Lebensweisen am Maßstab einer gleichsam naturalisierten Zivilisationsordnung bewertet und klassifiziert werden. Die konstruierte und behauptete Zivilisationsstufe begründet ein Verhältnis von Über- und Unterordnung, das mit Recht und Rechtlosigkeit einhergeht. Nicht zufällig begründet Schmitt seine Sichtweise mit einem antisemitischen Ressentiment,



dem vermeintlichen Sonderstatus der Juden, eines »Gastvolkes«, das über keinen Staat verfüge und deshalb eine Sonderbehandlung genieße (Gross 2005, S. 76).

Die Auffassung von Recht setzenden Staaten und gesetztes Recht erleidenden »barbarischen« Völkern hat in der Volk-ohne-Raum-Ideologie, die der Nationalsozialismus zur Begründung seines kriegerischen Expansionsstrebens nutzte, seine extremste Zuspitzung erfahren. Es ist durchaus kein Zufall, dass die Neue Rechte mit ihrer ethnopluralistischen Ideologie, einem »Rassismus ohne Rassenbegriff«, ebenfalls an Carl Schmitts Verständnis andockt. Dabei wird das Schmitt'sche Argumentationsmuster allerdings der neuen Zeit angepasst. Nun kommen die vermeintlichen Barbaren von außen, während die indigenen Biodeutschen, die angeblich eine höhere Kulturstufe repräsentieren, zu ihren Opfern würden.¹ Der Kern dieser neu-rechten Argumentation besteht darin, Herrschaftsverhältnisse auf kulturelle, zivilisationsbedingte Ursachen zurückzuführen. Mit Ressentiments aufgeladen wird Landnahme zur Metapher einer ethnopluralistischen Angriffsideologie, die Fluchtmigranten zu Landräubern erklärt. In Verteilungskämpfen, die zu Konflikten zwischen starken und schwachen Nationen oder starken und schwachen Kulturen uminterpretiert werden, dient der Begriff als sprachliche Waffe, die sich gegen Anders und Unten, gegen die Schwächsten der Gesellschaft einsetzen lässt.

¹ Es komme zu einer »Landnahme fremder Völker«. In Komplizenschaft mit der politischen Klasse betrieben Migranten eine »Umvolkung« Deutschlands. Über eine Einwanderung in die Sozialsysteme eigneten sie sich »deutsches Volksvermögen« an. Fluchtmigration komme deshalb einer »feindlichen Landnahme« gleich. Flüchtlinge betrieben »Landnahme durch Asylantrag«. Wegen »Allahs stiller Landnahme« sei »der Bürgerkrieg vorprogrammiert«. Als erste treffe es »die Schwächsten: die Frauen«. Sexuelle Gewalt »zur Demütigung des weiblichen Teils der einheimischen Bevölkerung« stelle »eine typische Taktik bei der Landnahme durch ausländische Mächte« dar. Vgl. Kellershohn 2016; Dörre 2016a.

2. Landnahme als fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation

Von solch kontaminierten Bedeutungsgehalten muss sich jede sozialwissenschaftliche Verwendung der Landnahmekategorie abgrenzen. Das kann sie, indem sie sich auf Marx' Kritik der Politischen Ökonomie bezieht.

a) Karl Marx und die ursprüngliche Akkumulation

Ohne von Landnahme zu sprechen, hat Karl Marx in einem Abschnitt im ersten Band von »Das Kapital« die Grundidee des kapitalistischen Expansionsparadoxons formuliert. Dort vergleicht er die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation«, die den Kapitalismus inmitten einer feudalen Gesellschaft hervorbringt, ironisch mit dem »Sündenfall« im Garten Eden. Der Kapitalismus kommt nicht von selbst auf die Welt und er ist keineswegs Resultat eines ausgeprägten Sparsamkeitstriebes von Vermögensbesitzern. Geburtshelfer des Kapitalismus sind Staat und politischer Zwang ebenso wie die Akkumulation durch gewaltsame Enteignung (Bauernlegen), Raub von Kirchengütern, die Zerstörung des Kollektivbesitzes von Gemeindeland, Kolonialisierung und Sklaverei. Die Scheidung von Produzenten und Produktionsmitteln als zentrale Voraussetzung für die Entstehung doppelt freier Lohnarbeiter und damit des Kapitalismus, ist »in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer« (Marx MEW 23, S. 743). Obwohl wir heute über einen besseren historischen Kenntnisstand verfügen, lässt sich das Konstrukt der »primitiven Akkumulation« als heuristische Folie nutzen, um die Kernstruktur kapitalistischer Landnahme zu rekonstruieren. Strukturelemente sind die historische Parallelität von kapitalistischen und nichtkapitalistischen Produktionsweisen; das Durchsetzen neuer Eigentums- und Klassenverhältnisse als Voraussetzung und Bedingung kapitalistischer Akkumulation; der Einsatz außerökonomischer Gewalt zur Disziplinierung von Arbeitskräften für die neue kapitalistische Produktionsweise, eine finanz- und kreditgetriebene Expansion des Kapitalismus nach innen sowie die Ausdehnung der kapitalistischen



Produktionsweise über nationale Grenzen hinweg – etwa in Gestalt von Kolonialisierung und dem globalen System des Sklavenhandels.

Als Besonderheit der ursprünglichen Akkumulation stellt Marx heraus, dass es sich von Beginn an um einen politischen, auf Staatsintervention beruhenden Prozess handelt. Weder die Veränderung der Eigentumsverhältnisse und die Expropriation des Landvolks, noch die Disziplinierung der freigesetzten Arbeitskräfte für die neue Produktionsweise sind ohne Staatsintervention möglich. So wurde das »zum Vagabunden gemachte Landvolk« durch »grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert« (ebd., S. 765). Marx vertrat allerdings die Ansicht, die Anwendung von politischem Zwang bis hin zu offener Gewalt werde eine Episode in der Frühgeschichte des Kapitalismus bleiben. Im historischen Verlauf entstehe eine Arbeiterschaft, die »aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt« (ebd.). Außerökonomische Gewalt werde nur noch ausnahmsweise eingesetzt, die Arbeiter könnten im Normalfall den Naturgesetzen der Produktion überlassen bleiben. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiege die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter (ebd.). In diesem Punkt hat sich Marx geirrt. Das jedenfalls behauptet Rosa Luxemburg, die – gravierende Strukturveränderungen des Kapitalismus vor Augen – Marx' Methodik auf die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie anwendet.

b) Rosa Luxemburg und der Imperialismus

Luxemburg zentrales Argument lautet, dass sich die kapitalistische Dynamik als systemischer Zwang zu einer sich periodisch wiederholenden ursprünglicher Akkumulation interpretieren lässt. Dieser Zwang resultiert makroökonomisch aus der Notwendigkeit einer erweiterten Reproduktion des Kapitals, mikroökonomisch aus der Konkurrenz der Einzelkapitale und der permanenten Steigerung der Arbeitsproduktivität. In Marx' Modellierung der erweiterten Re-

produktion des Kapitals bleibe ungeklärt, so Luxemburg, wie der zusätzlich erzeugte Mehrwert der jeweils vorausgegangenen Produktionsperiode in der nachfolgenden Periode realisiert werden könne. Werde dieses Realisationsproblem nicht gelöst, entfalle das Motiv für Investitionen. Um die Schranke begrenzter zahlungsfähiger Nachfrage auf inneren kapitalistischen Märkten zu überwinden, müsse überschüssiger Mehrwert in äußeren, nichtkapitalistischen Märkten realisiert werden. In der Konsequenz bedeutet das: Die Realisierung des überschüssigen Mehrwerts kann für Luxemburg nur außerhalb kapitalistischer Milieus stattfinden. Erst durch Einverleibung von nichtkapitalistischer Arbeitskraft und Erde »erwirbt das Kapital eine Expansionskraft, die ihm erlaubt, die Elemente seiner Akkumulation auszudehnen jenseits der scheinbar durch seine eigene Größe gesteckten Grenzen« (Luxemburg 1975a, S. 305). Auf der sachlichen Ebene bleibe die Akkumulation des Kapitals an »nichtkapitalistische Kreise gebunden« (ebd., S. 306).

Mit ihrer Theorie der externen Mehrwertrealisierung glaubte Luxemburg, den Imperialismus ihrer Zeit erklären zu können. Bei zeitgenössischen Marxisten ist diese Theorie überwiegend auf schroffe Ablehnung gestoßen. Luxemburg habe, so ein treffender Einwand, das Abstraktionsniveau von Marx' Reproduktionsschemata verfehlt, die im zweiten Band von »Das Kapital« auf dem vereinfachten Modell eines reinen Kapitalismus beruhen. Während Marx von einer Vielzahl beeinflussender Faktoren – nicht kapitalistische Produktionsweisen, Veränderungen der Arbeitsproduktivität, organische Zusammensetzung des Kapitals, Weltmarkt, Funktion des Kredits, Bewegung der Profitrate – absieht, führt Luxemburg diese Konkretionen im Verlauf ihrer Argumentation explizit wieder ein. Daher verfehlt die Kritik in gewisser Weise ihren Gegenstand. Mit der Hereinnahme zusätzlicher Variablen zeigt Luxemburg aber treffend, dass die Akkumulation des Kapitals keineswegs zu Gleichgewichten tendiert, sondern auf längere Sicht Störungen und strukturelle Krisen verursacht, so dass die Argumentation »trotz aller Irrungen und Fehlschlüsse« als »theoretisch



fruchtbringend angesehen« werden kann (Rosdolsky 1970).

Für eine zeitgemäße Theorie kapitalistischer Landnahmen sind zunächst zwei Überlegungen bedeutsam. *Erstens* zeigt Luxemburg überzeugend, dass die kapitalistische Dynamik eine Doppelgestalt besitzt. Die eine Bewegung setzt sich in den Produktionsstätten des Mehrwerts, in den Fabriken, der durchkapitalisierten Landwirtschaft und auf den Warenmärkten durch. Hier reproduziert sich der Kapitalismus weitgehend auf seinen eigenen Grundlagen. Ausbeutung beruht auf dem Prinzip des Äquivalententauschs. Das heißt die Lohnabhängigen werden – vermittelt über soziale Kämpfe – zumindest entsprechend des Wertes ihrer Arbeitskraft entlohnt. Die andere Entwicklung bricht sich in Austauschbeziehungen zwischen der Kapitalakkumulation einerseits und nichtkapitalistischen Produktionsweisen, Schichten und Territorien andererseits Bahn (Luxemburg 1975a, S. 315). In den äußeren, nichtkapitalistischen Märkten, die es auch innerhalb nationaler Gesellschaften gibt, gilt das Prinzip des Äquivalententauschs allenfalls eingeschränkt. Hier herrschen Willkür und zum Teil offene Gewalt. Diese Gewalt kann auch mit dem Ziel ausgeübt werden, soziale Gruppen, Territorien oder ganze Staaten zumindest zeitweilig in einem vorkapitalistischen oder weniger entwickelten Stadium zu halten. Landnahmen verschieben die Grenzen zwischen inneren kapitalistischen und äußeren nichtkapitalistischen Märkten. Es handelt sich daher nicht um eine lineare Inwertsetzung von »neuem Land«. Vielmehr tragen Landnahmen stets die Möglichkeit der Regression und gewaltförmigen Disziplinierung in sich.

Der Stoffwechsel zwischen inneren und äußeren kapitalistischen Märkten läuft *zweitens* auf ein zeitlich lang gestrecktes »Zernagen« und »Assimilieren« (ebd., S. 364) nichtkapitalistischer Milieus hinaus. In diesem Prozess entstünden, so Luxemburg, die »seltsamsten Mischformen zwischen modernem Lohnsystem und primitiven Herrschaftsverhältnissen« (ebd., S. 312). Luxemburg analysiert solche Amalgamierungen anhand des »Zerbröckelns« traditioneller Natural- und Bauernwirtschaften.

Beispiele sind die »planmäßige, bewusste Vernichtung und Aufteilung des Gemeineigentums«, die die französische Kolonialpolitik in ihren arabischen Kolonien vornahm (ebd., S. 328), oder die »Zwangslohnarbeit«, welche spanische Eroberer zur Ausbeutung der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas einführten (Luxemburg 1975b, S. 670). Ein aus heutiger Sicht besonders eindrucksvoller Fall ist die Zwangsarbeit ägyptischer Fellachen, die zur Finanzierung von Staatsanleihen beim internationalen Finanzkapital genutzt wurde (Luxemburg 1975a, S. 364). Landnahme bedeutet in den genannten Beispielen, dass unterschiedliche Formen unfreier, prekärer und nur teilweise kommodifizierter Arbeit über längere historische Perioden hinweg konserviert, neu kombiniert und so als Arbeit für das Kapital genutzt werden. Es bilden sich hybride Verbindungen aus Lohnarbeit und vorkapitalistischen Arbeitsformen in unterschiedlich strukturierten Märkten heraus, deren »Stoffwechsel« dominanten Akteuren Extragewinne verspricht. Im Kontrast zur marxistischen Orthodoxie ihrer Zeit hat Luxemburg damit »eine völlig eigenständige Betrachtungsweise von Gesellschaftsformationen« begründet, die »im Gegensatz zu den linearen und evolutionistischen Auffassungen von »Fortschritt« steht (Löwy 2013, S. 54). Diese eigenständige Betrachtungsweise impliziert, eine begrenzte Pluralität an Antagonismen und Ausbeutungsverhältnissen als gleichgewichtig anzuerkennen.

c) Sylvia Federici und die Hexenverfolgung

An dieses Grundverständnis kapitalistischer Entwicklung, das von linearer Fortschrittsgläubigkeit abrückt, knüpfen feministische Autorinnen wie Sylvia Federici an. Federici bezieht sich positiv auf das Konzept ursprünglicher Akkumulation, kritisiert Marx aber, weil er die besondere Gewalt gegen Frauen in diesem Prozess unbeachtet lässt. Für Federici entsteht der Kapitalismus als herrschaftliche Reaktion auf Klassenkämpfe im Spätfeudalismus. Die Hexenverfolgung ist für sie eine spezifische Form der Gewalt, die sich gegen Frauen richtet und ihre Körper verfügbar macht. Der Körper wird sozusagen zur Fabrik der Frauen. Die Verfügung



über ihn generiert eine eigenständige Produktionsweise. Deren Abwertung gehört zu den Strukturmerkmalen des Kapitalismus. Und an der Ausbeutung jener Tätigkeiten, die die Arbeitskraft überhaupt erst herstellen, sind auch Männer beteiligt, die den beherrschten Klassen zuzurechnen sind (Federici 2015).

Maria Mies und andere Feministinnen haben solche Herrschaftsmechanismen anhand der Subsistenzarbeit analysiert. Während primäre kapitalistische Ausbeutung in inneren Märkten dem Prinzip nach »unabhängig von Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Glaubensbekenntnis und Geschlecht, unabhängig von jeglichen außerökonomischen Ungleichheiten oder Differenzen« (Wood 2010, S. 270) funktioniert, gilt für sekundäre, weil nicht spezifisch kapitalistische Ausbeutung etwas anderes. Hier heißt Ausbeutung »Beute machen, sich etwas durch Gewalt aneignen, was nicht durch eigene Arbeit geschaffen wurde, sich etwas nehmen, ohne Gleichwertiges zurückzugeben« (Mies 1983, S. 120). Ausbeutung beruht in diesem Modell in erster Linie auf außerökonomischem Zwang. Es handelt sich auch der Form nach um einen ungleichen Tausch. Von sekundärer Ausbeutung kann immer dann gesprochen werden, wenn symbolisch-kulturelle oder staatlich-politisch legitimierte Disziplinierungsmechanismen eingesetzt werden, um Innen-Außen-Differenzen mit dem Ziel zu konservieren, den Preis der Arbeitskraft oder den Lebensstandard sozialer Gruppen etwa mittels rassistischer oder sexistischer Abwertung deutlich unter das allgemeine, durchschnittlich gewährleistete Lohn- und Reproduktionsniveau zu drücken, oder auch, um Reproduktionstätigkeiten als unbezahlte Gratisressource nutzen zu können.

Die aktuelle Diskussion um Care Work greift einiges davon unter anderen Vorzeichen wieder auf. Privatwirtschaftliche und staatliche Interessen an niedrigen Reproduktionskosten können als mächtiges Motiv wirken, um Sorgearbeit gratis zu nutzen oder sie zum Objekt sekundärer Ausbeutung zu machen. Konstruktionen von Geschlecht und ethnischer Herkunft sind besonders geeignet, um Personen oder Menschengruppen in soziale Rangfolgen zu

bringen. Mit ihrer Hilfe kann der »Stoffwechsel« zwischen inneren und äußeren Märkten im Feld sozialer Reproduktion so reguliert werden, dass der Preis bezahlter Sorgearbeiten künstlich niedrig gehalten wird. Kämpfe in diesem Feld beziehen sich häufig auf Grenzverschiebungen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Festzuhalten bleibt: Landnahmen erfassen nicht nur bezahlte Erwerbsarbeit. Sie erstrecken sich auf das gesamte Ensemble an Tätigkeitsformen. Und sie können Subsistenzarbeit und Care Work als »Kolonie«, als »neues Land« nutzen, das kommodifiziert, kommerzialisiert, assimiliert und so allmählich ruiniert wird.

Aus all dem geht hervor, dass dominante kapitalistische Akteure eine gewisse Wahlfreiheit bei der Nutzung unterschiedlicher Ausbeutungsmechanismen besitzen. Lassen es die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu, so ist die Intensivierung sekundärer Ausbeutung eine potenzielle Option, mit der ökonomische und politische Eliten auf Stockungen der Kapitalakkumulation reagieren können. Primäre und sekundäre Ausbeutung existieren jedoch nicht unabhängig voneinander. Der Äquivalententausch und seine institutionellen, staatlichen Garantien konstituieren den Maßstab, von dem Austauschbeziehungen abweichen, die auf außerökonomischen Dominanzverhältnissen beruhen und deren Regulationen eine eigene, vom Kapitalismus unabhängige Geschichte besitzen (Rassismus, Sexismus).

d) Hannah Arendt und die Akkumulation politischer Macht

Bei all dem dürfen wir aber nicht übersehen, dass es neben den ökonomischen und sozialen auch politische und symbolisch-ideologische Treiber von Landnahmen gibt. Besonders eindrucksvoll hat das die politische Philosophin Hannah Arendt deutlich gemacht, die gerne als Anti-Marxistin instrumentalisiert wird. In »Die Ursprünge totaler Herrschaft« knüpft Arendt an einen zentralen Gedanken Rosa Luxemburgs an. Für Luxemburg beruht der sozioökonomische Motor von Landnahmen auf einem Mechanismus, den David Harvey als »Kapitalüberschuss-Absorptionsproblem« (Harvey 2010, dt.



S. 32) bezeichnet hat. Vereinfacht gesagt muss eine Ökonomie, die während einer Produktionsperiode wächst, in der nachfolgenden Periode absorptionsfähige Märkte für das zusätzlich erzeugte Mehrprodukt schaffen, um zusätzlichen Gewinn zu realisieren, der dann erneut investiert werden kann. Das ist ohne markterweiternde Investitionen nicht möglich. Je höher das Reichtumsniveau von Gesellschaften und je größer das Wirtschaftswachstum, ist desto schwerer wird es jedoch, neue Märkte zu erschließen. Dieses Kapitalüberschuss-Absorptionsproblem ist die zentrale ökonomische Triebkraft hinter kapitalistischen Landnahmen. Es erklärt, weshalb der Akkumulationsprozess des Kapitals »die unumschränkte Verfügungsmöglichkeit« über »alle Produktivkräfte der Erde« benötigt, soweit diese in den Schranken der Mehrwertproduktion mobil zu machen sind (Luxemburg 1975a, S. 312).

Wie Marx und Luxemburg sieht auch Hannah Arendt einen Zusammenhang zwischen dem Besitz als dynamischem Prinzip und dem Imperialismus. Sie argumentiert jedoch, dass jeder ökonomischen eine ideologisch-politische Expansion vorausgehen muss. Hannah Arendt bezeichnet dieses Phänomen als Akkumulation politischer Macht. Während großer, struktureller Krisen kapitalistischer Akkumulation, die das gesamte Ensemble institutioneller Regulationen berühren, muss sich der »Sündenfall« einer zeitweiligen Überwindung der ökonomischen Grenzen erweiterter Reproduktion durch den Einsatz akkumulierter Machtmittel periodisch wiederholen. Die Kapitalakkumulation kommt nur in Gang, weil sie durch politisches Handeln und entsprechende ideologische Legitimationen angestoßen wird. Mit anderen Worten: es wird auch dann »Land genommen«, z. B. Kolonialpolitik betrieben, wenn dies ökonomisch dysfunktional ist.²

² »Durch eine unbegrenzte Akkumulation von Macht, das heißt von Gewalt, die kein Gesetz begrenzt, konnte eine unbegrenzte oder jedenfalls erst einmal unbegrenzt scheinende Akkumulation von Kapital vorstattengehen [...]« (Arendt 2006, S. 315). Die Akkumulation politischer Macht kann, wie das staats-

Wie die Kapitalakkumulation, so ist auch die Akkumulation politischer Macht tendenziell unendlich. Zur Perfektionierung von Herrschaft benötigt sie permanent neues Material. Ein unbegrenztes Machtstreben, das Verfügungsrechte absichern will, mündet, sofern nicht erfolgreich gegengesteuert wird, unweigerlich in Konflikt und – keineswegs nur in Ausnahmefällen – in Terror und Krieg. Der letzte Sieger in diesem Machtkampf kann, wie Hannah Arendt hellsichtig und in ironischer Anspielung an einen Satz von Sir Cecil Rhodes (»I would annex the planets if I could«) kommentiert, die Sterne nicht annectieren, es bleibt ihm nur, »sich selbst zu zerstören« (ebd., S. 286 und 331).

3. Zeitdiagnose: Globalisierung, Finanzialisierung, Digitalisierung

Kapitalistische Landnahmen, so können wir festhalten, generieren eine mitunter gewaltträchtige Innen-Außen-Dialektik. Aufgrund von Mechanismen, die es näher zu untersuchen gilt, ist diese Bewegungsform mit der Absorption eines nicht marktförmigen Anderen verbunden. Landnahme bedeutet Kommodifizierung, Monetarisierung und Kommerzialisierung dieses Anderen und damit zugleich dessen allmähliche Assimilation und Zerstörung. Deshalb sind Landnahmen endlich. Ist ein nichtkapitalistisches Anderes absorbiert, schwächt sich die expansive Dynamik ab, bis sie ein neues Anderes findet, das sich in Besitz nehmen lässt. Landnahmen, die vom Besitz als dynamischem Prinzip angetrieben werden, auf erweiterte Reproduktion und Marktexpansion hinauslaufen und unterschiedliche Modi von Ausbeutung und Dominanz durchsetzen, sind nicht nur umkämpft. Sondern stets mit Landpreisgabe verbunden. In der Akkumulation von bürokratisch-politischer Macht finden marktgetriebene Landnahmen ein expansives Pendant, das sich in spannungsvoller Ko-Evolution zur erweiterten Reproduktion des Kapitals, aber auch abgelöst von ökonomischer Expansion entfalten

sozialistische Beispiel belegt, auch unabhängig von privatkapitalistischen Eigentumsverhältnissen erfolgen.



kann. Im Prinzip, so können wir mit Bezugnahme auf den Soziologen Burkart Lutz (1984) hinzufügen, lässt sich jeder ökonomische Prosperitätsschub als historisch einmalige, raum-zeitlich begrenzte Landnahme interpretieren, die jeweils einen besonderen Modus operandi ausbildet. Wird ein spezifischer Modus operandi kapitalistischer Landnahmen dysfunktional, kommt es zu großen Krisen von Kapitalakkumulation und gesellschaftlicher Reproduktion, von denen jeweils unterschiedliche Pfade gesellschaftlicher Entwicklung abzweigen können. Die globale Krise von 2007-09 bezeichnet einen solchen Umschlagpunkt.

a) Die Globalisierung schlägt zurück

Auf eine Phase radikaler, grenzüberschreitender Marktöffnung, die mit der Implosion des staatsbürokratischen Sozialismus zusätzliche Wucht erhielt, folgt spätestens seit der großen Krise von 2007-09 eine Periode, in welcher anti-liberale, globalisierungskritische, überwiegend (rechts)populistische Formationen die politische Agenda bestimmen. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Interpretation dieses Umschlagpunktes wissenschaftlich und politisch umkämpft. Nach meiner Auffassung handelt es sich weder um eine »gescheiterte« (Flassbeck & Steinhardt 2018) Internationalisierung, noch um eine in dem Sinne »umkämpfte Globalisierung« (Crouch 2018, S. 76), dass ein wenig reformerische »Verlangsamung« genügen würde, um den Fortbestand grenzüberschreitender Verflechtungen sicherstellen könnte. Die vielschichtige Globalisierung ist, so meine Deutung, *repulsiv* geworden. Mit zunehmender Ungleichheit, flachen Wachstumsraten frühindustrialisierter Länder, fortbestehenden Finanzrisiken, ökologischer Zerstörung und anschwellender Fluchtmigration erzeugt sie Rück- und Gegenbewegungen, die nach einer Phase der Latenz in den verursachenden kapitalistischen Zentren zunehmend strukturbildend wirken.

Das geschieht, weil es sich bei der marktöffnenden Globalisierung um eine Verknüpfung von inneren und äußeren Landnahmen handelt. Bis zur Jahrtausendwende war die expansive, (finanz)marktgetriebene Globalisierung öko-

nomisch ein höchst erfolgreiches Wachstumsprojekt. So wie jeder Prosperitätsschub zuvor haben die globalen Landnahmen ihre Objekte okkupiert, umgeformt, aufgesogen und auf diese Weise allmählich ruiniert. Allerdings handelt es sich in den alten kapitalistischen Zentren überwiegend um Landnahmen zweiter Ordnung. Damit ist gemeint, dass der Modus operandi kapitalistischer Expansion an jenen Schutzmechanismen ansetzt, mit deren Hilfe der wohlfahrtsstaatliche Sozialkapitalismus die Funktionsfähigkeit interner Märkte gesichert hatten. Auf die Spitze getrieben, zerstört die finanzkapitalistische Landnahme letztlich das Soziale und mit ihm die Fundamente der Demokratie. Ihr Modus operandi verallgemeinert nicht nur Wettbewerb und Konkurrenz, er weitet zugleich jene Sektoren aus, die sich, weil Marktimperativen gehorchend, demokratischen Entscheidungen entziehen. Wo der Markt und seine Effizienzkriterien herrschen, hat demokratische Politik zu schweigen.

Zu den wichtigsten Repulsionen der Globalisierung gehört die Unterminierung sämtlicher Kräfte und Institutionen, die als soziale Korrektive zur Marktexpansion wirken könnten. Die alten kapitalistischen Zentren haben sich allmählich in demobilisierte Klassengesellschaften verwandelt, über deren Anatomie wir auch wegen der Klassenvergessenheit zeitgenössischer Sozialwissenschaften nur wenig wissen. Die Grundtendenz ist jedoch eindeutig. Trotz der längsten Prosperitätsphase seit dem *Golden Age* entwickeln sich die frühindustrialisierten Länder zu Postwachstumskapitalismen, in denen der erzeugte Wohlstand – angeblich – nicht mehr für alle und alles reicht. Während sich vertikale, überwiegend klassenspezifische Ungleichheiten ausprägen, sind gewerkschaftliche und politische Organisationen, die auf der Konfliktachse von Kapital und Arbeit agieren, während der gesamten Nachkriegsgeschichte nie so schwach gewesen wie in der Gegenwart.

Innerhalb des politischen Systems findet die soziale Polarisierung daher keine angemessene Repräsentation. Zwar gibt es in der Bundesrepublik eine Fülle an Auseinandersetzungen und Streiks, ja man kann geradezu von einer »neuen



Konfliktformation« (Dörre 2016b) sprechen. Es fehlt aber ein öffentlicher Resonanzraum, der es ermöglichen würde, den angehäuften Problemrohstoff klassenpolitisch produktiv zu verarbeiten. Das ist nicht allein ein Problem der von institutioneller Zerstörung bedrohten Linken. Demobilisierte Klassengesellschaften laufen beständig Gefahr, jene Selbststabilisierungsmechanismen (Kreditsystem, Innovationen, wohlfahrtsstaatlich eingehegte Arbeits-Reproduktions-Netzwerke) zu destruieren, die für eine Entschärfung der Folgekosten ungebremster Marktexpansion sorgen könnten. Die fortschreitende Zerstörung von Sozialität lässt jene Spielarten entdemokratisierter Demokratien entstehen, die eingangs angesprochen wurden. Exemplarisch lassen sich drei Mechanismen systemischer Entdemokratisierung unterscheiden.

b) Landnahme als Gesellschaftszerstörung und Entdemokratisierung

(1) *Marktgetriebener Entdemokratisierung*: Als eine ihrer wichtigsten Repulsionen hat die Globalisierung weltweit eine enorme Zunahme der Vermögens- und Einkommensungleichheit bewirkt. Rasches Wirtschaftswachstum in großen und kleinen Schwellenländern, das dort Mittelklassen expandieren lässt, geht teilweise zulasten von beherrschten Klassenfraktionen in den alten Metropolen. Hauptgewinner der Globalisierung sind vermögende Eliten, die überwiegend noch immer in den reichen Gesellschaften des globalen Nordens leben. 44 Prozent des Einkommenszuwachses, der zwischen 1988 und 2008 erzielt wurde, entfielen auf die reichsten fünf Prozent, nahezu ein Fünftel auf das reichste eine Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung. Die aufstrebenden Mittelklassen in den Schwellenländern erhielten lediglich zwei bis vier Prozent der absoluten Zuwächse (Milanovic 2016, 2017). Für die Verlierer, hauptsächlich die Industriearbeiterschaft und das wachsende Dienstleistungsproletariat der alten Zentren, entfällt damit zunehmend, was Branko Milanovic als Ortsbonus der Vermögensverteilung bezeichnet. In einem reichen Land geboren zu sein, schützt nicht mehr vor sozialem Abstieg. Während die Unterschiede zwischen Nord und

Süd geringer werden, gewinnt die Klassenzugehörigkeit innerhalb der nationalen Gesellschaften für die Verteilung von Lebenschancen weltweit wieder an Bedeutung.

Die Ungleichheit hat ein solches Ausmaß erreicht, dass sie selbst zur Wachstumsbremse geworden ist (Fratzcher 2016). Daraus entsteht ein Teufelskreis. Bleiben die Wachstumsraten niedrig und kommen umverteilende Maßnahmen nicht zum Zuge, nimmt die Vermögenskonzentration immer weiter zu (Piketty 2014). An der Spitze der sozialen Hierarchie expandiert eine, gleichwohl winzige, Gruppe superreicher Vermögensbesitzerinnen, die in einer eigenen Welt mit besonderen Regeln lebt. Riesige Privatvermögen reizen die Geldeliten beständig zu Versuchen, »sich zu bereichern, indem sie politischen Einfluss ausüben, um ihren Anteil am vorhandenen Kuchen zu vergrößern, statt zur Wertschöpfung der Wirtschaft beizutragen und auf diese Weise den Gesamtkuchen zu mehren« (Freeland 2013). Weil der neue Geldadel seine Privilegien schützen will, behindert er eine wirkungsvolle Regulation des Finanzsektors. Die Anlage überschüssigen Geldkapitals im Finanzsektor und die Bereitschaft zu hochspekulativen Geschäften konservieren ein internationales Finanzsystem, dessen fortlaufende Betriebsstörungen jederzeit neue Eruptionen auslösen können (Hudson 2016). Bisher hat jede Finanzkrise die Umverteilung von unten nach oben forciert. Auch dadurch bedingt sind am unteren Ende der sozialen Hierarchie Unterklassen von 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung entstanden, die nahezu vollständig aus geschützter Erwerbsarbeit und kollektiven Sicherungssystemen herausfallen. In der untersten wie der obersten Etage der Einkommens- und Vermögenspyramide haben sich somit soziale Großgruppen herausgebildet, deren Lebensformen und soziale Lagen vom Wirtschaftswachstum nahezu vollständig entkoppelt sind. Während die einen das politische System zu ihren Gunsten manipulieren können, üben sich die anderen in überdurchschnittlichem Ausmaß in politischer Abstinenz. Sie verzichten auf ihr Wahlrecht und beantworten alltägliche Ohnmachtserfahrungen mit Selbstauss-



schluss aus dem politischen System. Auf gegensätzliche Weise, aber über einen finanzkapitalistischen Kausalmechanismus miteinander verbunden, konstituieren beide Klassen(fraktionen) ein je besonderes Außen der Demokratie.

(2) *Bürokratische Entdemokratisierung*: Marktexpansion und Deregulierung erzeugen an ihrer Kehrseite Mechanismen, die dem Prinzip »der Akkumulation politischer Macht« (Arendt 2006, S. 313) folgen. Wie sich anhand der von den europäischen Institutionen diktierten Austeritätspolitik zeigen lässt, benötigt auch ein auf Perfektionierung ausgerichteter bürokratischer Kontrollmodus beständig neues Material. Mit ihrem hohen Verflechtungsniveau und einer noch embryonalen Zivilgesellschaft verkörpern Europäische Union (EU) und Eurozone eine Mischform aus Imperium und transnationalem Staat, in deren Apparaten der Marktfundamentalismus fest verankert ist. Marktradikale Rezepturen werden auch dann verordnet, wenn dies – wie im Falle der südeuropäischen Krisenländer und besonders im griechischen Fall – gegen jegliche wirtschaftspolitische Vernunft geschieht.

Gut zehn Jahre nach dem Ausbruch der Krise ist mit Griechenland der letzte Staat aus dem europäischen Krisenmanagement entlassen worden. Die Folgen der Austeritätspolitik sind jedoch für das Land verheerend. Griechenland hat sich in eine prekäre Schrumpfs- und Verschuldungsgesellschaft verwandelt, in der das Bewusstsein einer gestaltbaren Zeit und Zukunft in großen Teilen der Bevölkerung verloren gegangen ist (vgl. dazu eindrucksvoll Payanayotopoulos & Schultheis 2015). Zwar weist die Wirtschaft nach einer Dekade wieder ein schwaches Wachstum aus und das Leistungsbilanzdefizit ist ebenso verschwunden wie die chronische Lücke im Staatshaushalt, doch die griechische Bevölkerung zahlt einen hohen Preis. Das Land hat, gemessen am Vorkrisenniveau, ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung verloren, die Investitionen liegen um zehn Prozent niedriger als vor zehn Jahren, 35 Prozent der Bevölkerung leben an der Armutsschwelle und verfügen über weniger als 400 Euro monatlich.

Zugleich verlor die Wirtschaft sieben Prozent der Erwerbspersonen, darunter vor allem jüngere, gut qualifizierte Arbeitskräfte. Der Schuldenberg verharrt noch immer bei ca. 180 Prozent des BIP. Zwar ist die Schuldentilgung weit in die Zukunft hinausgeschoben, doch angesichts des Zwangs, einen hohen Haushaltüberschuss erwirtschaften zu müssen, ist völlig unklar, wie die griechische Wirtschaft zu einem stabilen Wachstumskurs zurückkehren soll. Selbst der frühere Eurogruppenchef und politische Hardliner Dijsselbloem räumt inzwischen ein, dass man von der griechischen Bevölkerung »zu viel verlangt« habe und Griechenland »keine Erfolgsgeschichte« sei (FAZ 2018).

Die starre Haltung, mit der die europäischen Institutionen trotz desaströser Ergebnisse am Austeritätsdiktat festgehalten haben und die Hartnäckigkeit, mit der sie sich – entgegen dem Votum des Internationalen Währungsfonds – einem Schuldenschnitt verweigern, lässt nur einen Schluss zu. Es ging wohl primär darum, ein Exempel zu statuieren. Am Beispiel der Syriza-Regierung wollte man zeigen, was mit Ländern und Akteuren geschieht, die eine Alternative zum europäischen Marktradikalismus und seinem Austeritätsdiktat praktizieren wollen. Die politisch kalkulierte Beseitigung einer demokratisch gewählten Alternative beruhte und beruht noch immer auf fortwährend ausgeübter struktureller Gewalt. Mit Syriza wurde eine linkssozialistische Partei gezwungen, gegen ihr eigenes Programm eine Austeritätspolitik durchzusetzen, welche seit einem Jahrzehnt Entwicklungsmöglichkeiten von Bevölkerungsmehrheiten blockiert. Griechenland ist daher ein Musterbeispiel für Landnahme mittels bürokratischer Entdemokratisierung. Ein ganzes Land wurde aus dem finanzierten Akkumulationsprozess herausgeschleudert und mittels härtester Kontrolle von Gläubigern und europäischen Institutionen zu neuen Konditionen wieder hineingezwungen. Privatisierungen von öffentlichem Eigentum wie Häfen und Regionalflugplätze sowie tiefe Einschnitte beim Sozialerwerb – u.a. wiederholte Kürzungen von Pensionen, Absenkung des Mindestlohns, faktische Außerkraftsetzung des Arbeitsrechts und des



Tarifsystems – werden innerhalb von demokratischen Institutionen praktiziert, die angesichts fehlender Entscheidungsbefugnisse der nationalen Regierung längst zur bloßen Fassade degeneriert sind. Im Ergebnis ist mit Griechenland und den anderen Krisenstaaten eine Peripherie entstanden, die im europäischen Maßstab ein Außen demokratischer Herrschaft darstellt.

(3) *Symbolische Politik und ökologische Zerstörung*: Griechenland steht auch für einen Wirkungszusammenhang, den Peter Victor (2008) mit bitterer Ironie als *degrowth by desaster* bezeichnet hat. Damit ist gemeint, dass ökonomische Schrumpfung zugleich eine Reduktion des Energie- und Ressourcenbedarfs, vor allem aber einen Rückgang klimaschädlicher Emissionen bedeutet. Wirtschaftswachstum auf fossilistischer Grundlage mündet im Erfolgsfall selbst bei niedrigen Wachstumsraten in eine Expansion von Produktions- und Lebensweisen, die sich im globalen Maßstab nicht verallgemeinern lassen. Ein »Aufschließen« aller nationalen Ökonomien zu den Produktions- und Konsumptionsweisen der am stärksten entwickelten Industriegesellschaften würde den Planeten unbewohnbar machen« (McCarthy 2015, S. 375). Daraus folgt, dass demokratische legitimierte Entscheidungen in reichen Ländern des Nordens, die Luxusproduktion und -konsum verstetigen, de facto darauf hinauslaufen, ärmeren Ländern und ihren Bevölkerungen jede Entwicklungschance zu nehmen.

Den kapitalistischen Eliten sind diese Zusammenhänge seit langem bekannt. Bearbeitet wird der ökologische Gesellschaftskonflikt jedoch nach dem Muster einer »simulativen Demokratie« (Blühdorn 2018). Die gesamte politische Klasse redet fortwährend über den Klimawandel und dessen desaströse Folgen, doch politisch praktisch geschieht wenig oder nichts. Der Kohleausstieg wird verzögert, der autointerindustrielle Komplex trotz Dieselskandal geschützt. Als Folge steigen die CO₂-Werte wieder an und Alternativen zur fossilistisch-ressourcenintensiven Wirtschaft werden blockiert. Einst Protagonist der ökologischen Wende, wird Deutschland 2020 voraussichtlich alle

vereinbarten Klimaziele verfehlen. Zugleich verstärkt der ökologische Konflikt Spannungen, die in den fragmentierten Klassengesellschaften des reichen Nordens ohnehin angelegt sind. Wieder einmal werden, wie im Falle des deutschen Braunkohleabbaus, ökologische Zielsetzungen bewusst gegen soziale und Beschäftigungsinteressen ausgespielt – eine Konstellation, in der häufig genug die ökologische Nachhaltigkeit den Kürzeren zieht.

c) Digitale Landnahme

Bietet ein neuer Technologieschub, wie wir ihn gegenwärtig mit der zweiten Phase der Digitalisierung erleben, einen Ausweg aus dem kapitalistischen Wachstumsdilemma? Ich bezweifle das. Aus meiner Sicht handelt sich bei der sogenannten vierten industriellen Revolution eher um eine Revolution-Restoration, die vor allem der Konservierung und Radikalisierung des kapitalistischen Expansionismus dienen soll. Protagonisten der digitalen Landnahme sind Technologiekonzerne mit oligopolistischer Marktmacht, die auf vielfältige Weise mit Kreditinstituten und institutionellen Anlegern verflochten sind. Die Technologiekonzerne agieren mit ihren Fonds eigenständig an den Finanzmärkten. Zudem fließt ihnen das überschüssige Kapital von institutionellen Anlegern und staatlichen Vermögensfonds in großem Umfang zu. Das treibt nicht nur die Unternehmenswerte in die Höhe, sondern verschafft den Technologiekonzernen die finanzielle Basis ihres Geschäftsmodells (vgl. Morozov 2013). Letzteres basiert auf der Landnahme von Wissen, von gespeicherter geistiger Arbeit und sozialen Beziehungen. In Informationen und Daten umgewandelte Wissensbestände bilden den Rohstoff, den der digitale Kapitalismus nutzt. Dieser Rohstoff, der ursprünglich als Allmende zur Verfügung stand, wird im Zuge der digitalen Landnahme als Gratisprodukt angeeignet und in private Eigentumstitel überführt.

Privatkapitalistische Aneignung erfolgt über ein Angebot an vermeintlich kostenlosen Dienstleistungen. Gleich ob Google, Facebook oder Twitter – jede dieser Dienstleistungen finanziert sich teilweise über Aufmerksamkeitsar-



beit, die sich in einer Flut elektronischer Werbeaktivität bemerkbar macht. Indem wir digitale Dienstleistungen konsumieren, betätigen wir uns zugleich als unbezahlte Datenlieferant*innen. Unbeabsichtigt liefern wir Informationen, die sich von den Technologiekonzernen gewinnbringend vermarkten lassen (vgl. Srnicek 2017). Die Weitergabe von Daten geschieht weitgehend ohne gesellschaftliche Kontrolle. So hat Facebook offenbar Datenbestände an private Nutzer*innen weitergegeben, die diese Informationen für Interventionen in den US-amerikanischen Wahlkampf ausgebeutet haben. Damit wird die bürgerliche Öffentlichkeit selbst zum Objekt digitaler Landnahme. Einerseits entsteht ein globaler Informationsraum, der neue Möglichkeiten zu grenzüberschreitender Kommunikation und kollaborativer Produktion eröffnet, andererseits machen sich Tendenzen zu einer Fragmentierung von Öffentlichem und Öffentlichkeit bemerkbar, die jenen diskursiven Raum entwerten, der an der Nahtstelle von Normengenerierung und gesellschaftlich-staatlicher Strukturbildung angesiedelt ist und hegemoniale Diskurse strukturiert. Die sogenannten Leitmedien büßen ihre Regulationsfunktion ein, weil ihre Seriositätsgarantie für Teile der Gesellschaft unwichtig geworden ist.

Dieser widersprüchliche Strukturwandel von Öffentlichkeit macht sich in Fernsehen, Rundfunk, Zeitungsredaktionen, aber auch in produzierenden Unternehmen bemerkbar. So bietet geeignete Software die Möglichkeit, Entscheidungsprozesse in Unternehmen bis hin zur Wahl der Geschäftsführung zu demokratisieren. Digitale Foren stehen aber häufig in Konkurrenz zu institutionalisierter Mitbestimmung und verbrieften Partizipationsrechten. Solche Rechte werden von einem digitalen Unternehmensdespotismus, wie ihn beispielsweise führende Unternehmen im Onlinehandel (Amazon, Zalando) praktizieren, regelrecht bekämpft. Jenseits der betrieblichen Arbeitswelt ist die Lage kaum besser. Zwar haben soziale Bewegungen wie *Occupy* oder *die Empörten* von digitaler Kommunikation profitiert, doch es ist kaum zu übersehen, dass die rechtspopulisti-

sche »Gegenrevolution« (Nagle 2018) bei der Nutzung neuer Medien einen Vorsprung besitzt. Das Internet und dessen Teilöffentlichkeiten sind zu einem wichtigen Terrain rechtspopulistischer Mobilisierung geworden. Bei der Propaganda 4.0 geht es kaum mehr darum, andere zu überzeugen, sondern Recht zu behalten und den Gegner zu besiegen. Zerstörung von glaubwürdigen Öffentlichkeiten und umfassende Manipulation sind die äußerste Konsequenz einer technologischen Entdemokratisierung, die in der digitalen Landnahme von Wissen bereits angelegt ist.

4. Die Wiederkehr der »Systemfrage«

Gibt es Alternativen zum zerstörerischen Mechanismus von ins Unendliche getriebenen Landnahmen? Die Protagonisten der rechtspopulistischen Revolte, die derzeit die Welt in Atem hält, behaupten, eine solche zu repräsentieren. Mit dem Schlachtruf »wir holen und unser Land zurück« beanspruchen sie, sich des einstigen »Kronjuwels« der politischen Linken, der sozialen Frage, zu bemächtigen. Dies geschieht, indem die Ursachen kapitalistischer Landnahmen umgedeutet werden. Anstelle von Kausalmechanismen, die Klassenspaltung benennen, agieren sie mit Begriffen wie »Umvolkung« oder »Einwanderung in die Sozialsysteme«. Verschwörungstheorien rücken an die Stelle wissenschaftlicher Kapitalismusanalyse. Die Motive, die zur populistischen Revolte führen, lassen sich nicht säuberlich in sozioökonomische und kulturelle aufspalten. Grundlegend für die alltägliche Weltsicht von Arbeitern und Angestellten, die mit den Rechtspopulisten sympathisieren, ist das Empfinden, gesellschaftlicher Abwertung ausgesetzt zu sein und deshalb am gesellschaftlichen Wohlstand nicht angemessen beteiligt zu sein – materiell wie kulturell. Die Soziologin Arlie Hochschild (2017) hat die dahinter verborgene Tiefengeschichte über Jahre hinweg erforscht. Bezeichnend ist, wie sie auf die Frage einer Journalistin antwortet:

»Gibt es Ihrer Meinung nach zu viele Menschen, die die Anliegen (und Stimmen) der Tea-Party-Anhänger und Trump-Wähler als



sexistisch, rassistisch oder einfach nur als falsch abtun? Hochschild: Ja, und das ist ein sehr großer Fehler. Es ist schlichtweg falsch, die Hälfte der Bevölkerung abzuschreiben, und das dann auch noch als großen, progressiven Akt zu verkaufen. Empathie ist unentbehrlich, wenn man andere Lebensweisen verstehen und echte Missstände beheben will. Ich bin der Meinung, dass die ›Progressiven‹ in diesem Land viel zu wenig Empathie gezeigt haben. Dabei sollte das ihre Priorität sein. Es ist sehr kontraproduktiv, Menschen, deren Meinung man nicht teilt, einfach als Rassen, Trottel oder Rednecks abzustempeln. Genau diese Beleidigungen, diese Arroganz, haben die Menschen, die ich in Louisiana kennen lernte, zur Weißglut getrieben.«

Mit Blick auf die Anhänger von Pegida und der AfD lässt sich ähnliches sagen. Man geht mit Pegida auf die Straße und wählt AfD, weil, wie uns rechtsaffine Betriebsräte und Gewerkschafter im Interview erklären, »irgendwas mit dem System nicht stimmt« (Dörre, Becker & Reif-Spirek 2019; Dörre, Bose, Lütten & Köster 2018). Wenn demokratische Zivilgesellschaft und politische Linke nicht vollständig in die Defensive geraten wollen, so müssen ihre Akteure insgesamt mutiger werden. Sie benötigen zukunftsorientierte Politiken, welche die Systemfrage nicht der völkischen Rechten überlassen. Solche Politiken kommen nicht umhin, zu thematisieren, was sich hinter dem kapitalistischen Expansionismus verbirgt. Öffentlich wahrnehmbare Stimmen, die den »Besitz als dynamisches Prinzip« und gemeinsam mit ihm die Expansionsmechanismen moderner kapitalistischer Gesellschaften grundsätzlich in Frage stellen, sind derzeit schwach. Doch es gibt sie:

»Im Kapitalismus über ihn hinaus – das ist, was heute vielerorts bereits passiert und was wir stärken wollen. [...] Unsere Vision ist und bleibt diejenige einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie. [...] Mehr Demokratie ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung zu einer wirklichen Chance für die Menschen

wird.[...] Im Kern geht es darum, die Verteilungsfrage auszuweiten. Neben der steuerlichen Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Nachhinein braucht es eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht. Indem Betroffene zu Mitbestimmenden gemacht werden, wirkt man der Entstehung ungerechtfertigter und schädlicher Ungleichheiten entgegen.« (Sozialdemokratische Partei der Schweiz 2016)

Diese Sätze stammen aus einem Positionspapier zur Wirtschaftsdemokratie der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das im Dezember 2016 beschlossen wurde. Dieses Programm ist auch deshalb bedeutsam, weil es sich der unsinnigen Frontstellung von Klassen- und Identitätspolitik verweigert. Ich erwähne dieses Programm jedoch vor allem, weil es geeignet ist, die abgebrochene Diskussion um eine neue sozialistische Option wieder aufzunehmen (Dörre 2018). Ich will nicht verhehlen, dass sich an diesem Vorschlag die Geister scheiden. Das sollte alle, die sich der demokratischen Linken zurechnen, nicht davon abhalten, eine neo- oder ökosozialistische Option ernsthaft zu prüfen. Dass Provokation von Vorteil sein kann, hat der US-amerikanische Linksdemokrat Bernie Sanders in einem Interview eindrucksvoll begründet. Auf die Frage, ob er bedauere, sich für einen demokratischen Sozialismus ausgesprochen zu haben, weil seine volksnahe Botschaft ohne das S-Wort vielleicht besser angekommen wäre, antwortet er (Sanders 2018):

»Nein, ich bedauere das nicht. Für mich bedeutet demokratischer Sozialismus, dass ich auf dem aufbaue, was Franklin D. Roosevelt sagte, als er dafür kämpfte, allen Amerikanern, grundlegende wirtschaftliche Rechte zu garantieren. Und es bedeutet, dass ich auf dem aufbaue, was Martin Luther King im Jahre 1968 sagte: ›In diesem Land gibt es Sozialismus für die Reichen und erbarmungslosen Individualismus für die Armen.« [...] Für mich bedeutet Sozialismus, dass wir eine Volkswirtschaft aufbauen, die nicht nur für die Reichen,



sondern für alle funktioniert.«

Eine solche Wirtschaft kann, so sei hinzugefügt, keine stationäre sein, aber sie darf aus Gründen sozialer wie ökologischer Nachhaltigkeit nur noch langsam und bei Abkehr von ihren fossilen Grundlagen, verbunden mit der Ausweitung vor allem von Humandienstleistungen und damit anhand qualitativ anderer als der derzeit gültigen Parameter wachsen (Galbraith 2016, S. 265). Künftig wird es darauf ankommen, die Provokation eines neuen, demokratischen Sozialismus mit populären, nicht populistischen, Projekten zu verbinden. Bipolare Vorstellungen eines guten homogenen Volkskörpers, der sich gegen ein böses Establishment richtet, sind mit progressiver Politik letztendlich unvereinbar. Ob es sich beim demokratischen Sozialismus eines Bernie Sanders um ein realisierbares Konzept mit Nachahmungswert für Deutschland und Europa handelt, kann nur durch praktisches Erproben festgestellt werden. Doch so viel wissen wir genau: Die 1968er Revolte eignete sich, als niemand mit ihr rechnete. Ihre Protagonisten entdeckten den Klassenkampf neu. Es handelte sich aber auch um eine kulturelle Rebellion für sexuelle Befreiung, Frauenemanzipation, Bürgerrechte und in ihrer Spätwirkung um einen Aufstand gegen ökologische Zerstörung. Dass Bewegungen dieser Art wieder benötigt werden, hat selbst der eher konservative Club of Rome erkannt. Was hält uns eigentlich davon ab, einer neuen Rebellion unsere Stimme zu geben – und zwar rasch, radikal und international?

Literatur

- Arendt, H., 2006: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, 11. Aufl., München (Piper).
- Assmann, J., 2015: *Exodus. Die Revolution der alten Welt*, München (C.H. Beck), 2015.
- Blühdorn, I., 2018: »Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 1-2 (2018).
- Crouch, C., 2018: *Der Kampf um die Globalisierung*, Wien (Passagen Verlag).
- Dörre, K., 2012: »Landnahme«, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 8/1, Hamburg (Argument Verlag), S. 664-687.
- Dörre, K., 2016a: »Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen«, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz, T. Schlinzig, Tino (Hg.): *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung?* Bielefeld (Transcript), S. 259-288.
- Dörre, K., 2016b: »Die neue Konfliktformation. Klassen-Kämpfe in fragmentierten Arbeitsbeziehungen«, in: *Industrielle Beziehungen*, Band 23 (Nr. 3), S. 348-365.
- Dörre, K., 2018: »Neo-Sozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Nr. 6/2018, S. 105-115.
- Dörre, K., Becker, K., Reif-Spirek, P. (Hg.) 2018: *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*. Frankfurt am Main (Campus).
- Dörre, K., Bose, I., Lütten, J., Köster, J., 2018: »Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte«, in: *Berliner Journal für Soziologie*. Online First: <https://doi.org/10.1007/s11609-018-0352-z> (22.05.2018)
- FAZ 2018: »Wir haben von der griechischen Bevölkerung zu viel verlangt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 02.09.2018.
- Federici, S., 2015: *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, 3. Aufl., Budapest.
- Flassbeck, H., Steinhardt P., 2018: *Gescheiterte Globalisierung. Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates*, Berlin (Suhrkamp).
- Fratzscher, M., 2016: *Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird*, München (Hanser).
- Freeland, Ch. 2013: *Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite*, Frankfurt/M. (Westend Verlag).
- Galbraith, J., 2016: *Wachstum neu denken. Was die Wirtschaft aus den Krisen lernen muss*. Zürich (Rotpunktverlag).
- Gross, R., 2005: *Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre*. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- Hall, S., 2012: »Das »Politische« und das »Ökonomische« in der Marx'schen Klassentheorie«, in: ders., *Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus*, Hamburg (Argument Verlag), S. 11-55.



- Harvey, D., 2010: *The Enigma of Capital. And the Crisis of Capitalism*, London; dt.: *Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln*, Hamburg (VSA Verlag) 2014.
- Hochschild, A., 2017: »Linke müssen erkennen, dass sie sich selbst ins Abseits gestellt haben«, in: *Ruhrbarone*, 12. Dezember 2017. Aus dem Englischen übersetzt von Maria Mayböck. Dieser Artikel ist zuerst im britischen Novo-Partnermagazin Spiked erschienen.
- Hudson, M., 2006: *Der Sektor. Warum die globale Finanzwirtschaft uns zerstört*, Stuttgart (Klett Cotta).
- Kellershohn, H., 2016: »Vorbürgerkrieg«, in: B. Giebelmann et al. (Hg.): *Handwörterbuch rechtsextermer Kampfbegriffe*, Schwalbach/Ts. (Wochen-schau Verlag), S. 326-339.
- Löwy, M., 2013: »Westlicher Imperialismus gegen Urkommunismus. Eine neue Lesart von Rosa Luxemburgs ökonomischen Schriften«, in: I. Schmidt (Hg.): *Rosa Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals«. Die Aktualität von ökonomischer Theorie, Imperialismuserklärung und Klassenanalyse*, Hamburg (VSA Verlag), S. 53-62.
- Lutz, B., 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt am Main (Campus).
- Luxemburg, R., 1975a [1913]: *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*, in: Gesammelte Werke Band 5, Berlin.
- Luxemburg, R., 1975b: *Einführung in die National-ökonomie*, in: Gesammelte Werke Band 5, Berlin 1975, S. 524-778.
- Marx, M., MEW 23: *Das Kapital*, Erster Band, Berlin 1973 [1867].
- McCarthy, Th., 2015: *Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung*, Berlin (Suhrkamp).
- Mies, M., 1983: »Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung«, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, No. 9/10: Zukunft der Frauenarbeit, Köln 1983, S. 115-124.
- Milanovic, B., 2016: *Die Ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, Berlin (Suhrkamp).
- Milanovic, B., 2017: *Haben und Nichthaben. Eine kurze Geschichte der Ungleichheit*, Stuttgart (Theiss Verlag).
- Morozov, E., 2013: *Smarte neue Welt. Digitale Technik und die Freiheit des Menschen*, München (Blessing).
- Nagle, A., 2018: *Die digitale Gegenrevolution*, Bielefeld (transcript).
- Osterhammel, J., 2009: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München (C.H. Beck).
- Payanayotopoulos, N., Schultheis, F., 2015: *Mirrors. Polyphonic narrations on a social world in crisis*, Athens, 2 Bände, (Alexandria Publications).
- Piketty, Th., 2014: »Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2014, S. 41-52.
- Rosdolsky, R., 1970: »Der Streit um die Marxschen Reproduktionsschemata«, in: Karl Marx, *Das Kapital II. Der Zirkulationsprozeß des Kapitals*. Leseanleitung und Textauswahl von Rudolf Hickel, Berlin, S. 521-585.
- Sanders, B., 2018: »Interview«, in L. Balhorn, B. Sun-kara (Hg.), *Jacobin. Die Anthologie*, Berlin (Suhrkamp). S. 282 f.
- Schmitt, C., 1950: »Das Recht als Einheit von Ordnung und Ortung«, in: J. Dünne und S. Günzel (Hg.) 2006: *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*, Frankfurt/Main (Suhrkamp).
- Schmitt, C., 1974 [1950]: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*. Zweite Aufl. Berlin (Duncker & Humblot).
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz 2016: *Positionspapier SP Schweiz. Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen*. Verabschiedet am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016, Bern.
- Srnicek, N., 2017: *Platform Capitalism*, Cambridge (Polity Verlag).
- Victor, P., 2008: *Managing Without Growth. Slower by Design, Not Disaster*, London (EE Publishing).
- Walzer, M., 1985: *Exodus and Revolution*, New York (Basic Books).
- Williams, M., Satgar, V. (Eds.) 2013: *Marxisms in the 21st Century*, Johannesburg (WITS University Press), S. III.
- Wood, E. M., 2010: *Der Ursprung des Kapitalismus. Eine Spurensuche*, Ausgewählte Werke Band 1, Hamburg (Laika Verlag).
- Wright, E. O., 2009: »Understanding Class. Towards an Integrated Analytical Approach«, in: *New Left Review*, Vol. 60, Nov/Dec 2009, S. 101-116.